Vom Spiegelei zum Rührei und zurück

Gastbeitrag Zu den leeren Versprechen der Rechtspopulisten, warum sie erfolgreich sind und was dagegen zu tun ist



Nürnbergs Ex-OB Ulrich Maly (SPD) – hier bei einem Vortrag im Presseclub Nürnberg – schreibt exklusiv für die NZ. (Foto: Stefan Hippel)

VON ULRICH MALY

Alte Gewissheiten sind passé (I)

In langen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir in allen westlichen Demokratien im Prinzip ähnliche Parteienlandschaften: eine konservative Volkspartei und eine sozialdemokratische. Zunächst war die Nachkriegswelt überwiegend von konservativen Regierungen geprägt, dann kam in den USA mit Kennedy der Wechsel, in Europa stehen dafür Willy Brandt, Francois Mitterand, Harold Wilson, Pepe Gonzales, Olof Palme…

Danach schlug das Pendel wieder zurück (Reagan, Thatcher, Kohl, Chirac), um dann wieder, allerdings deutlich kürzer, nach links zu schwingen (Schröder, Blair, Renzi, Hollande). Immerhin: Es war einigermaßen übersichtlich. Aber das ist vorbei und kommt nicht wieder. Neue Parteienfamilien sind dazu gekommen, grüne und rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien, zum Teil haben sich die alten Parteien völlig aufgelöst, wie etwa In Italien und Frankreich. Zum Teil regieren nationalistische Parteien alleine (Polen, Ungarn), zum Teil in Koalitionen (Italien, Schweden, Finnland). Das Pendel schwingt also längst nicht mehr hin und her, es eiert, manchmal etwas erratisch, zwischen mehreren unterschiedliche Polen herum.

Es gibt inzwischen so etwas wie eine politische Normalitätsverschiebung: ein Verschieben des politischen Koordinatensystems nach rechts. Das ist der Einfluss der Rechtspopulisten auf den politischen Diskurs. Und – das sei hier erwähnt – wer sich der gleichen verbalen Radikalität befleißigt, wird niemanden für das demokratische Lager zurückgewinnen, sondern leistet der Normalitätsverschiebung Vorschub.

Alte Gewissheiten sind passé (II)

Es gibt in der Wählerschaft keine sicheren Bänke mehr in Form von festen Stammwählergrößen, weder im konservativen noch im sozialdemokratischen Lager. Die Erosion der Wähler(innen)stimmen hat lange vor den Grünen oder der AfD begonnen, weil sich alte Milieus aufgelöst und klassische Bindungskräfte nachgelassen haben, die Ansprache der Wahlbevölkerung komplizierter geworden ist und die Volatilität von Zuneigung und Liebesentzug gelegentlich atemberaubend schnell geworden ist. Man sehe sich nur die Beliebtheitswerte von Robert Habeck vor und nach der Heizungsgesetzdebatte an.

In der Mitte dagegen ist das Gedrängel dichter geworden, vieles, was vor Jahrzehnten und Jahren noch gesellschaftspolitisch strittig war und damit auch der Unterscheidung der Parteien gedient hat, ist heute fester Bestandteil des demokratischen Grundkonsenses, deshalb entsteht auch manchmal der Eindruck, „die in Berlin“ würden nur über Nebensächlichkeiten streiten.

Die Welt ist komplexer geworden

Diese Erosion von Wählerstimmen kann man weniger auf schlechtes Regieren der jeweiligen Protagonisten zurückführen als auf die allgemeine Verkomplizierung unserer Gesellschaft, in der Milieus und soziale Schichtungen durcheinandergeraten sind, die Schere zwischen Arm und Reich bei Vermögen und Einkommen spürbar auseinandergegangen ist, die ethnische und religiöse Vielfalt zugenommen hat und die Lebensgrundlagen, insbesondere Wohnen, für viele Menschen immer schwerer zu finanzieren sind.

Es gibt eine Heterogenisierung von Lebensstilen, Szenen, Generationen und Kulturen. Diese Entwicklung führt dazu, dass sich mehr Menschen „heimatlos“ fühlen, Unsicherheiten und Ängste zunehmen. Die heutige (Stadt-)gesellschaft gleicht einem Rührei. Dessen einzelne Bestandteile sind zwar noch da, aber nicht mehr genau erkennbar, es hält im Großen und Ganzen zwar zusammen, aber es ist „strukturell komplex“, einfach unübersichtlich. Ganz anders das Spiegelei, dort sind klare Grenzen zwischen Eiweiß und Dotter erkennbar, Struktur und Form sind ablesbar.

Autoritär und nationalistisch

Woher kommen jetzt plötzlich all diese Rechtspopulisten? Die einfache Antwort ist: Es gab sie schon immer. „Sie“ sind Menschen mit einem autoritär-nationalistischen Weltbild. Früher – das zeigen Studien wie die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig oder die Forschungen des Soziologen Wilhelm Heitmeyer, den die NZ neulich im Interview hatte, – hat ein Teil von ihnen gar nicht gewählt, die anderen haben sich zu etwa gleichen Teilen für Union oder SPD entschieden. Heute gibt es die AfD, an die man glaubt, andocken zu können. Heitmeyer nennt die Ideologie der AfD „autoritären Nationalradikalismus“.

Die Zutaten dieser Ideologien sind weltweit gleich: Es geht um Ordnung, Kontrolle, traditionelle Lebensweisen und Lebensformen, einen starken Nationalismus und immer auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, meist gegen Ausländer, Muslime, Juden, queere Menschen. Versprochen wird, meist etwas nebulös, die Wiedergewinnung einer vermeintlich verloren gegangenen Kontrolle und natürlich, dass alles so bleibt, wie es wahrscheinlich nie gewesen ist. Versprochen wird nichts Geringeres als die Rückverwandlung des Rühreis zum Spiegelei.

Zu entscheiden ist nicht, ob die Transformation kommt, sondern höchstens, wie sie kommt

Die Globalisierung, der Klimawandel, der Angriffskrieg der Russen gegen die Ukraine, die weltweiten Fluchtbewegungen, der Hunger in der Welt, die Naturkatastrophen – all das sitzt auf unseren Nachttischchen und glotzt uns an. Und all das geht auch nicht mehr weg, auch wenn wir die Augen davor verschließen. Das kann einem schon Angst machen, aber Angst ist immer ein schlechter Ratgeber, weil, wer Angst hat, „verkennt das Wirkliche, vermeidet das Unangenehme und verpasst das Mögliche“ (Heinz Bude). Der drohende Veränderungsdruck löst Abwehrmechanismen aus und dann nimmt die Sehnsucht nach der bisherigen Routine zu.

Nach dem Parteitag der AfD in Magdeburg müsste auch dem letzten klar sein, dass sich für alle demokratischen Parteien jede Kooperation oder gar Koalition mit diesen Leuten verbietet. Nun geht es darum, dass wir ihre Funktionäre und Mandatsträger stellen, die Inhaltsleere ihrer Versprechungen deutlich machen. Es geht darum aufzuzeigen, dass die Basis unserer Demokratie Werte wie Freiheit, Toleranz, Solidarität und vor allem die Würde des Menschen sind und dass demokratische Parteien – bei allem inhaltlichen Streit – im sachlichen Wettbewerb Problemlösungen in einer immer komplexeren Welt finden. Wie sie es schon immer getan haben. Mit verlässlichen Antworten auf die Zukunftsfragen unserer Zeit müssen wir um die Menschen werben, die sich aus Angst, Unbehagen oder dem Gefühl des Zurückgelassen-werdens Unterstützung bei Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten erhoffen.

Zu diesem Werben gehört die Abfederung sozialer Härten, was sowohl bei der Pandemie als auch bei der Energiepreisexplosion im vergangenen Jahr der Bundesregierung insgesamt gut gelungen ist. Es geht für Union, SPD, Grüne und alle demokratischen Parteien um eine klare demokratische Haltung und auch um die „Umverteilung von Aufmerksamkeit“ (Timothy Garton Ash).